



Newsletter 08.2011

der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) Bielefeld

FÜR EINE KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFT !!!

nächstes Treffen der Lokalföderation:

ACHTUNG! Montag, 12. September,
19.30 Uhr in der Bürgerwache **ACHTUNG!**

1. Koalitionsfreiheit stärken: Streikrecht ist Menschenrecht (Presseerklärung der FAU vom 14.07.11)
2. Die Krise treibt die Selbstmordraten in Westeuropa in die Höhe
3. Demnächst Sozialtickets in BI
4. Dortmund stellt sich quer: Naziaufmarsch verhindern
5. Neonazis wollen auch in Bielefeld marschieren
6. Streiks bei Visteon
7. Belgrade 6: Freilassung durch Gericht nach Anti-NATO-Protesten aufgehoben!
8. **Lesetipps:**
 - a) Erich Mühsam: Tagebücher 1. 1910-1911
 - b) Philippe Kellermann (Hg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung
9. Direkte **Aktion** #206 (Juli/August 2011)
10. **Join the Unions**
 - FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL
 - sem/ASJ Bielefeld
11. Termine im August

1. Koalitionsfreiheit stärken: Streikrecht ist Menschenrecht

Anfang Juni kündigte der DGB-Bundesvorstand das Joint-Venture mit den Unternehmern der BDA zur Knebelung des Streikrechts auf. Als unabhängige und unmittelbar von der DGB/BDA-Initiative betroffene Basisgewerkschaft begrüßt die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union diesen längst überfälligen Schritt ausdrücklich. Eine Gewerkschaft hat an der Seite der Beschäftigten und der Belegschaften zu stehen, nicht an der Seite der Bosse.

Auslöser für den Beschluss der DGB-Spitze war unter anderem die Entscheidung des ver.di-Gewerkschaftsrates vom 25. Mai, die „Tarifeinheitsinitiative“ nicht länger mitzutragen. Die Dienstleistungsgewerkschaft gehörte zu den Initiatoren des arbeitnehmerfeindlichen Vorstoßes. Der Kurswechsel jedoch erfolgte erst, nachdem klar war, dass das Ansinnen der Spitzengremien auf dem ver.di-Kongress im September 2011 keine Mehrheit finden, sondern zum politischen Fiasko des Vorstands werden würde.

Ein Jahr lang hatten Unternehmer- und DGB-Verbände einmütig für eine gesetzliche Einschränkung des Streikrechts abhängig Beschäftigter und kleiner Gewerkschaften zugunsten der großen „Mehrheitsgewerkschaften“ geworben. Bereits vor der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 23. Juni 2010, die vom Grundgesetz per Koalitionsfreiheit gebotene Tarifpluralität in den Betrieben tatsächlich anzuerkennen, hatten BDA und DGB eine gesetzliche Regelung verlangt: An die tarifliche „Friedenspflicht“ sollten nicht nur die vertragsschließende, sondern auch alle anderen Gewerkschaften gebunden sein. Der Vorstoß zielte vornehmlich auf die Berufs- und Spartengewerkschaften (Cockpit, GdL, Marburger Bund, UFO), hätte aber auch die Branchengewerkschaften der FAU getroffen.

Diese Forderungen wurden von einem breiten Kreis von renommierten Arbeitsrechtlern und Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften kritisiert und abgelehnt. Das politische Spektrum reichte hier von Konservativen über Linksliberale bis hin zu Revolutionären. Auch wenn die Debatte im Wesentlichen mittels Rechtsgutachten auf Fachebene geführt wurde und die Bundesregierung bis heute ihre konkreten Pläne nicht offengelegt hat: Im Frühjahr 2011 befürwortete eine Mehrheit der Bevölkerung (56%) die Möglichkeit mehrerer Tarifverträge in einem Betrieb – drei Viertel der Befragten sprachen sich außerdem für ein weniger restriktives Streikrecht aus.

Bereits Anfang 2010 hatte die Basisgewerkschaft FAU den angekündigten Paradigmenwechsel des Bundesarbeitsgerichts begrüßt. Dementsprechend früh wandte sich die anarchosyndikalistische Gewerkschaft unter dem Motto „Finger weg vom Streikrecht!“ gegen die Arbeitsfront der Spitzenverbände. Von Anfang an hat die FAU versucht, eine gemeinsame Initiative der betroffenen Gewerkschaften außerhalb des DGB mit kritischen und oppositionellen Kräften innerhalb der DGB-Organisationen zu verbinden. Dieses Bündnis kam schließlich im Frühjahr 2011 zustande. Die gemeinsame Initiative „Hände weg vom Streikrecht“ verdeutlicht bereits im Namen, dass es nicht nur um die Tarifvielfalt geht, sondern um das unveräußerliche Recht der Beschäftigten, für ihre Belange aktiv zu werden und auch zu kämpfen. Eine bundesweite Tagung zu dem Thema wird am 10. September in Kassel stattfinden.

In ihrer Ablehnung einer gesetzlichen Verschärfung des Tarif- und mithin des Streikrechts, vertrat die FAU zudem ein anderes, ein kämpferisches Verständnis gewerkschaftlichen Vorgehens: Ein Einvernehmen zwischen Beschäftigten und Unternehmen ist immer nur kurzfristiger Natur und lässt sich auf konkrete Kräfteverhältnisse zurückführen. Um das Mögliche zu erreichen, muss eine Gewerkschaft daher kämpferisch und unversöhnlich die Interessen der abhängig Beschäftigten durchboxen.

Das Auseinanderfallen der DGB/BDA-Initiative ist nur ein Etappensieg. Interessierte Kreise aus Politik und Wirtschaft diskutieren weiter Mittel und Wege, das Streikrecht einzuschränken – etwa durch obligatorische Schlichtungsverfahren. Auch die Vorstände von IG Metall und IG BCE halten die Initiative für „Tarifeinheit“ weiterhin für richtig und werden versuchen, sie durchzusetzen.



Die FAU erwartet also weitere Angriffe und das, obwohl Deutschland in Bezug auf Gewerkschaftsfreiheit schon jetzt ein Entwicklungsland ist, in dem den Beschäftigten elementare Rechte, die u.a. in den ILO-Konventionen 87 und 98 und der europäischen Sozialcharta definiert sind, vorenthalten werden. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wird sich die FAU verstärkt für das uneingeschränkte Streikrecht einsetzen.

Das Recht der Arbeitsverweigerung ist Teil der persönlichen Selbstbestimmung und ist daher als ein grundsätzliches Menschenrecht aufzufassen, auch wenn es effektiv nur kollektiv ausgeübt werden kann. Ein solches uneingeschränktes Recht auf Streik kann daher nicht auf wirtschaftliche oder tarifliche Auseinandersetzungen beschränkt sein, sondern umfasst auch sogenannte „politische Streiks“. Darüber hinaus zielt die FAU nicht nur auf die volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit ab, sondern ebenso auf ein umfassendes und unantastbares Recht auf Streik für alle abhängig Beschäftigten selbst, egal ob und wo sie gewerkschaftlich organisiert sind oder auch nicht.

Die FAU wird deswegen auch in Zukunft jede Einschränkung des Streikrechts bekämpfen und die Rechte und Würde der Lohnabhängigen aktiv verteidigen.

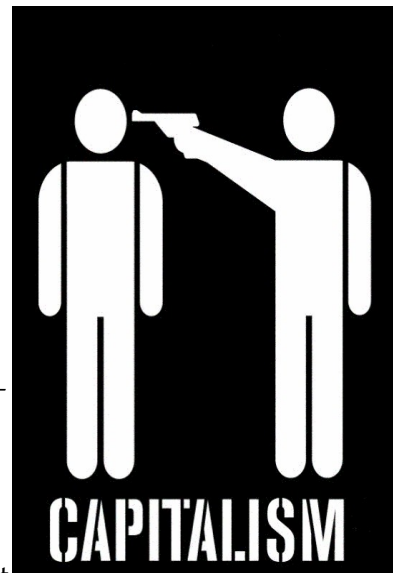
Presseerklärung der FAU vom 14.07.11

2. Die Krise treibt die Selbstmordraten in Westeuropa in die Höhe

Seit 2008 ist die Anzahl an Selbstmorden in Westeuropa sprunghaft angestiegen. Eine wissenschaftliche Studie des britischen Fachmagazins «The Lancet» vermutet einen engen Zusammenhang zwischen der jüngsten kapitalistischen Krise und diesem deutlichen Anstieg der Selbstmordrate. Während in den meisten Ländern der EU die Anzahl der Menschen, die ihrem Leben selbst ein Ende bereitet haben, in den Jahren vor 2008 kontinuierlich gesunken war, hat sich dieser Trend seit Beginn der Krise in sein Gegenteil verkehrt. In Griechenland und Irland, zwei Ländern, deren Bevölkerung besonders hart von der Krise getroffen wurde, stieg die Suizid-Rate binnen zweier Jahre um 17 bzw. dreizehn Prozent. Kapitalismus tötet. Nicht nur am Arbeitsplatz und durch seine Kriege, sondern auch durch die Verzweiflung und das Elend, die seine Krisen hervorrufen.

Seit einigen Jahren veröffentlicht das britische Fachmagazin “The Lancet” immer wieder Beiträge über den Zusammenhang von Krise, Arbeitslosigkeit und Selbsttötungen. In der aktuellen Ausgabe (Volume 378, Issue 9786) präsentiert ein US-amerikanisch / britisches Team von Arbeitsmedizinern nun beunruhigende neue Zahlen zu diesem Komplex. Danach sind in den meisten westeuropäischen Ländern seit 2008, dem Jahr in dem die jüngste Krise manifest wurde, die Selbstmordraten geradezu explodiert, nachdem sie vor 2008 jahrelang zurückgegangen waren. In den alten EU-Ländern stieg die Zahl an Suiziden im Jahre 2008 um durchschnittlich acht Prozent an, im Jahre 2009 dann um weitere fünf Prozent. Einzig in Österreich sank die Anzahl der Selbstmorde auch in der Krise, ebenso wie in den meisten der mittel- und osteuropäischen Länder, die der EU nach 2004 beigetreten waren. Die Länder, in denen die Bevölkerung am meisten unter der Rettung des Bankensystems und damit des gesamten Ökonomie auf Kosten der Bevölkerung zu leiden hatte, stieg die Selbstmordrate noch deutlicher.

Weiter lesen: [The Lancet: Effects of the 2008 recession on health: a first look at European data](#)



3. Demnächst Sozialtickets in BI

Demnächst wird es vergünstigte Tickets für den öffentlichen Nahverkehr in Bielefeld geben, wie Beate als Vertreterin vom Sozialforum beim Sozialticketbündnis berichtet hat. ALGII Empfänger sowie Menschen mit geringem Einkommen können diese Tickets in Anspruch nehmen. Die Ausgabestelle wird die Stiftung Solidarität sein. Das Ticket muss jeweils monatlich beantragt und persönlich abgeholt werden. Die Gelder für die Vergünstigung stammen aus dem Landeshaushalt. Beate Niemeyer kritisiert daran, dass es sich nicht um Freitickets handelt. Zudem ist der bürokratische Aufwand für den Erhalt der Tickets recht hoch.

aus: <http://sozialforumbielefeld.blogspot.de/2011/07/11/demnaechst-sozialtickets-in-bi/>

4. Dortmund stellt sich quer: Naziaufmarsch verhindern

Am 3. September 2011 wollen Neonazis zum siebten Mal in Folge versuchen durch Dortmund zu marschieren und mit ihrem „nationalen Antikriegstag“ ihre rassistischen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Ansichten in die Öffentlichkeit zu tragen. Auch dieses Jahr werden wir gemeinsam mit Tausenden AntifaschistInnen versuchen den Naziaufmarsch mit Blockaden zu verhindern. Selbst eine massive Polizeipräsenz an diesem Tag wird uns nicht davon abhalten den Neonazis entgegenzutreten und sie in ihre Schranken zu weisen.



Dortmunder Zustände bekämpfen

Seit 2005 veranstalten Neonazis in Dortmund unter Führung der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ eine Demonstration anlässlich des internationalen Antikriegstages. Die Teilnehmerzahlen des „Nationalen Antikriegstages“ sind in Dortmund kontinuierlich gestiegen; von etwa 200 im Jahr 2005 auf über 1 000 Teilnehmer im Jahr 2008. Der Aufmarsch hat sich mit TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland und den europäischen Nachbarländern zu einem der wichtigsten in der Neonazi-Szene entwickelt. In den letzten Jahren haben sich Tausende AntifaschistInnen nach Dortmund aufgemacht, um den Aufmarsch der Neonazis zu verhindern. 2009 und 2010 musste die Lokal-Politik auf den politischen Druck der Gegenproteste, wie durch das Bündnis „Dortmund stellt sich quer“, reagieren. Seitdem wurde den Neonazis von den Behörden „nur“ eine stationäre Kundgebung im menschenleeren Dortmunder Hafen erlaubt. Auch die Teilnehmerzahlen blieben deshalb deutlich unter denen der Vorjahre zurück.

Auch wenn in den letzten Jahren der „Nationale Antikriegstag“ einen Dämpfer bekommen hat, ist die Dortmunder Neonazi-Szene eine der aktivsten und gefährlichsten in Deutschland. Dortmund gilt als Hochburg der „Autonomen Nationalisten“ und gilt für die bundesweite militante Neonazi-Szene als Vorbild. Seit etlichen Jahren werden AntifaschistInnen und MigrantInnen dort bedroht oder zusammengeschlagen, linke Zentren werden immer wieder angegriffen, die DGB-Demonstration 2009 wurde attackiert. Der Mord an dem Dortmunder Punk Thomas Schulz durch Neonazis vor sechs Jahren stellt einen Höhepunkt der Gewalt von rechts in Dortmund dar. Angesichts dieser Situation ist es besonders wichtig, dass sich auch bundesweit viele AntifaschistInnen an den Protesten gegen den „nationalen Antikriegstag“ beteiligen. In diesem Jahr gilt es offensiver und organisierter den Aufmarsch der Neonazis zu stoppen und am Vorabend eine antifaschistische und antimilitaristische Demonstration durch die Nazihochburg Dortmund-Dorstfeld durchzuführen.

weiterlesen: www.dortmundquergestellt.de/

5. Neonazis wollen auch in Bielefeld marschieren

Veröffentlicht in Antifa am 29/07/2011 von Autonome Antifa Bielefeld

Wie bekannt geworden ist, wollen Neonazis am Samstag, 06.08.11 nach dem sogenannten „Trauermarsch“ in Bad Nenndorf auch in Bielefeld aufmarschieren. Es liegt eine Anmeldung von 18.00-23.00 Uhr vor. Als Anmelder tritt wie so oft hier in der Region Marcus Winter aus Minden in Erscheinung. Die genaue Route ist noch



nicht bekannt.

Also zuerst den Aufmarsch in Bad Nenndorf verhindern und anschließend den Nazis in Bielefeld einen heißen Empfang bereiten.

Naziaufmärsche verhindern!

Blockieren! Sabotieren! Eskalieren!

AK Libertad

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

6. Streiks bei Visteon

In der spanischen Stadt El Puerto de Santa María (Cádiz) kämpft ein lokales Syndikat der CNT-IAA momentan gegen den Abbau der Belegschaft und für bessere Arbeitsverhältnisse in einer Fabrik des Unternehmens Visteon (Ford). In Großbritannien erfuhren die ArbeiterInnen dagegen schon was passiert, wenn multinationale Konzerne Standort- und Personalentscheidungen treffen. Der folgende Artikel vom Internationalen Sekretariat der SolFed-IAA beschreibt die systemische Herrschaft des Kapitals über tausende Menschen, exekutiert von den Managern der Unternehmen Ford und Visteon.



Hintergrundinformationen zu dem Verhältnis zwischen Visteon und Ford

Der Autohersteller Ford lernte vom großen Erfolg des Unternehmens Walmart und begann im Jahr 1997, Aufgaben, Strukturen und Arbeitsplätze an Drittunternehmen abzugeben (engl.: outsourcing). Sie gründeten die Unternehmensgruppe Visteon, die selbst wiederum 40 weitere Subunternehmen erschuf, wovon eines VisteonUK gewesen ist.

Das Outsourcing von Arbeitsplätzen bringt einem Unternehmen wie Ford große Vorteile. Es erlaubt den Bossen die Arbeitsplätze und Gehälter einer Belegschaft zu kürzen, ohne dabei Verluste beim Gewinn hinnehmen zu müssen. Es erlaubt ihnen sogar ganze Unternehmen gegen die Wand zu fahren und dabei noch Geld zu verdienen. Hinter dem Outsourcing steckt eine einfache Logik.

Um Kosten zu sparen desintegrieren Firmen bestimmte Unternehmensaufgaben und -strukturen, die dann Drittunternehmen feil geboten werden. Diese konkurrieren dann auf Kosten der ArbeiterInnen untereinander, wobei für die ArbeiterInnen Löhne herauspringen, die niedriger sind, wie die des Stammunternehmens. Gleichzeitig wird durch das Outsourcing der Kapitalwert und das wahre Wesen eines Unternehmens verschleiert. Durch die vielen Neugründungen kann mehr Geld aufgeteilt und transferiert werden, wodurch es ungemein schwierig wird, den Wert eines Unternehmens zu schätzen. Und es fällt noch leichter, Gelder mit dem geringsten Steuerkosten um die Welt zu verfrachten. Die Profite werden dann in den Ländern mit den niedrigsten Steuern eingestrichen und die Schulden woanders erklärt. Die meisten multinationalen Unternehmen handhaben das so. Die Gründung von Visteon durch Ford im Jahr 1997 brachte dem Unternehmen zwei Vorteile. Zuerst transferierten sie ihre Schulden zu anderen Unternehmen, die dann, um Verträge zu bekommen untereinander konkurrieren mussten – dadurch hat Visteon Kosten gesenkt.

Im Jahr 2005 startete Ford dann das „Way Forward“ Projekt, durch das Outsourcing auf die Überholspur kam. Der Plan sah allein für die USA, Einsparungen im Personalbereich in einer Höhe von 250 Mio.\$ vor – das bedeutete Massenentlassungen. 220 Mio. \$ sollten durch Verzicht auf Betriebsvermögen eingespart werden – das bedeutete die Schließung von Fabriken.

Indem Ford seit Beginn dieses Planes über 70.000 ArbeiterInnen entweder entließ oder auslagerte, hat das Unternehmen die globale Belegschaft halbiert. Doch obwohl Ford große Teile der Produktion zu Visteon ausgelagert hat, blieb alles unter ihrer Kontrolle. Trotzdem sollte Visteon als mehr angesehen werden als eine bloße „Blende“ für Ford. So gründete Ford das Subunternehmen Automotive Components Holding

(ACH), welche direkt von ihnen gemanagt wurde. Das Ziel dieses Vorgangs war es die verlustreichen Segmente von Visteon auszulagern. Und so holte Ford im Jahr 2005, 17 Fabriken und sechs Büros aus dem so genannten "unabhängigen" Unternehmen Visteon zurück zu ACH unter ihrer Kontrolle. Dadurch wurden 18.000 ZeitarbeiterInnen und 5000 Festangestellte von Visteon zu ACH verschoben. Und bis zum Jahr 2009 hatte Ford dann ACH teilweise verkauft und teilweise geschlossen. Diese Machtstrategien, die Menschen wie Schachfiguren auf dem Brett bewegen, haben ArbeiterInnen entlassen oder zu einem hunderte Kilometer langen Umzug gezwungen, falls sie ihren Job behalten wollen. Outsourcing von Arbeitsplätzen wird oftmals dazu genutzt den ArbeiterInnen ihre grundlegenden Rechte zu verwehren. Zuerst wird die Produktion verlagert und dann das Unternehmen für bankrott erklärt, um damit anfallenden Abfindungen und Rentenzahlungen zu entgehen.

Visteon in Großbritannien

Um Gewinne zu verschleiern und Steuern zu sparen hat Visteon verschiedene Subunternehmen in Großbritannien gegründet. Steven Gawne, der das Geschäft von Visteon in Großbritannien managte, wurde für Bankrott erklärt. Heute leitet er das Geschäft von Automotive Products. Dieses Unternehmen wurde im Namen einer Visteon Niederlassungen in der Stadt Basildon registriert. Der Chefmanager dieses Subunternehmens ist Eric Sachs, der gleichzeitig Schatzmeister und leitender Manager für Steuerplanung bei Visteon International Holdings Inc. ist.

Steuerplanung meint natürlich die Vermeidung von Steuern. Ein solches Vorgehen wird vor allem von Unternehmen an den Tag gelegt, die zu viel Gewinne haben und diese nicht versteuern wollen. Der einzige Anteilseigner des auf 100.000£ geschätzten Automotive Products Kapitals ist Visteon International Holding. Doch das ist nur eine von Gawnes vielseitigen Interessen. Er ist gleichzeitig Direktor von Visteon Charleville in Frankreich, Visteon Engineering und Visteon Engineering Services Pension Trustees Limited. Außerdem steht er dem Visteon Unternehmen R-Tek Limited und dem Visteon Pensions Trustees Limited vor. Er ist Direktor von Linamar Automotive Systems, was kein Visteon Unternehmen ist, sondern im Jahr 2007 eine Visteon Fabrik in Swansea aufgekauft hat. Doch es ist nicht nur die Anhäufung von Direktorenämtern, die interessiert, sondern vor allem die Art und Weise wie diese Unternehmen operieren.

Gawne ist beispielsweise ebenso Direktor von Reydel Ltd.. Dieses Visteon Subunternehmen legte im Jahr 2007 ihre Konten offen: der Umsatz war 0£, der Profit dagegen 396.000£ englische Pfund. Gawne ist noch Direktor von Infinitive Speech Systems UK Limited, einem anderen Visteon Unternehmen, das im Jahr 2007 einen Umsatz von 204.000£ und einen Gewinn von 1.313.000£ veröffentlichte. Und er ist noch Direktor von Oritech Limited, die bislang weder Umsätze noch Gewinne zu verzeichnen hatten. Es ist ein Zeichen großen geschäftlichen Scharfsinns, Unternehmen so zu führen, dass die Gewinne höher als der Umsatz sind! Ford benutzte Visteon auch um ArbeiterInnen um ihre Renten zu betrügen. Noch vor der Ankündigung, dass VisteonUK geschlossen wird, wurde der Rentenfond transferiert, um dadurch seine Auszahlungen an entlassene ArbeiterInnen zu verhindern. Der Rentenfond wurde von Ford zu Visteon, von Visteon zu Ford und dann zu dem neu gegründeten Unternehmen Visteon Engineering Services transferiert.

Streik bei Visteon in Großbritannien

Im Jahr 2000 lagerte Ford eine Reihe Fabriken nach Großbritannien zu dem neu gegründeten Unternehmen VisteonUK aus. Während des Transfers der Belegschaft wurde den ArbeiterInnen, von denen einige mehr als 30 Jahre für Ford gearbeitet hatten, zugesagt, dass sie bei Visteon unter den gleichen Verhältnissen und Bedingungen arbeiten würden, wie bei Ford. Ein vom europäischen Betriebsrat (EWC) bewirkter Beschluss im Jahr 2000 besagt:

"Entsprechend dem alle Visteon MitarbeiterInnen betreffenden EWC Abkommens [...] wird die korrekte Einhaltung der Verträge und Verhältnisse überwacht, da die Belegschaft von Ford zu Visteon transferiert



wird und auch zukünftig von den Absprachen profitieren soll. [...] Die Beobachtung der Arbeitsverhältnisse schließt den Lohn, die Renten und andere Zahlungen ein“. Visteon lehnte das Abkommen mit der EWC nicht ab, denn es enthielt keinen Kündigungsschutz.

Nachdem das Mutterunternehmen im März 2009 in den USA verkündete, dass sie die britischen Niederlassungen nicht länger unterstützen kann, schloß VisteonUK die drei übrig gebliebenen Fabriken in Enfield, Basildon und Belfast und entließ dabei 600 ArbeiterInnen. Ihnen wurde 6 Minuten Zeit gelassen, den Umstand zu verarbeiten, dass sie gekündigt worden waren. Man lud sie zu einer Versammlung ein und verkündete ihnen dann, dass die Fabriken geschlossen werden, weil VisteonUK Pleite gegangen ist. Zuerst wurden sie über ihre Entlassung informiert und dann dazu aufgefordert ihre sieben Sachen zu packen und das Gebäude zu verlassen. Später informierte man die ArbeiterInnen, dass sie aufgrund des Bankrotts von VisteonUK weder Abfindungen noch Renten bekommen würden. Wie bereits gesagt worden ist, hatte Ford den Rentenfonds transferiert bevor das Unternehmen in die Pleite ging.

Geheime Dokumente mit Namen wie „Projekt Stone“, „Projekt Protea“ oder „Projekt Kennedy“, haben aufgedeckt, dass VisteonUK die Schließung der drei Fabriken in Großbritannien über Jahre hinweg plante. Die Dokumente gestanden einen Bruch mit dem EWC Abkommen ein, doch sie vertraten die Auffassung, dass der Widerstand der ArbeiterInnen nur sehr gering ausfallen würde und sie durch den jahrelangen Niedergang dieser Fabriken sowieso demoralisiert sein werden.

Dann wurden die Geheimpläne zur Schließung von VisteonUK in die Tat umgesetzt. Innerhalb von Jahren wurde die Belegschaft in den Unternehmen reduziert. In Belfast arbeiten im Jahr 2000 noch rund 1000 Menschen für VisteonUK, im Jahr 2009 waren es nur noch 210. Doch unglücklicherweise ging der Plan von Visteon nicht auf.

Nachdem die ArbeiterInnen aller drei Fabriken aufgefordert worden waren das Gebäude zu verlassen, weigerten sie sich und besetzten augenblicklich die Fabrik. In Basildon beendeten die ArbeiterInnen ihre Besetzung und organisierten stattdessen Protestposten mit großem Zulauf. Die ArbeiterInnen in Enfield und Belfast hielten die Besetzung durch; in Belfast war die Fabrik über sechs Wochen besetzt.

Zuerst verkündete Ford, dass VisteonUK völlig unabhängig ist und dass der Streik in keinem Zusammenhang zu ihrem eigenen Unternehmen steht. Doch die ArbeiterInnen bei Ford unterstützten ihrer KollegInnen bei Visteon um so intensiver, je länger die Besetzung dauerte. Zuerst blockierten Ford ArbeiterInnen eine Fabrik, die Teile für VisteonUK produzierte, in Südafrika. Sie drohten mit "inoffiziellen" Aktionen, welche die Produktion zum Stillstand gebracht hätte. Vor lauter Panik willigte Ford dann in Gespräche mit reformistischen Gewerkschaften ein und machte innerhalb nur weniger Tage Millionen englische Pfund für die Abfindung der entlassenen ArbeiterInnen locker. Aber die Fabriken wurden geschlossen und über Rentenzahlungen verlor keiner ein Wort.

Die meisten ArbeiterInnen waren mit den abgeschlossenen Abkommen glücklich, doch eine nennenswerte Minderheit vertrat die Auffassung, dass sie von den reformistischen Gewerkschaften verhökert worden waren. Die Angst vor rechtlichen Schritten veranlasste die Gewerkschaften dazu, Druck auf die BesetzerInnen und auf die unterstützenden ArbeiterInnen auszuüben. Wenn die Gewerkschaften die Streiks nicht untergraben, sondern gefördert hätten, so dachten viele, dann wäre der Sieg in greifbarer Nähe gewesen und eine Schließung der Fabriken hätte verhindert werden können.

Noch immer kämpfen Visteon ArbeiterInnen um ihre Rente. Da die Kampagne jetzt allerdings einen rechtlichen Weg eingeschlagen hat, wird das Verfahren Jahre beanspruchen. Im Moment überprüfen Behörden der Regierung, wie der VisteonUK Rentenfonds transferiert worden ist und die Gewerkschaft UNITE hat das Unternehmen Ford angezeigt.

Ford veröffentlichte zuletzt die folgende Erklärung: „Die Situation der VisteonUK Angestellten ist unglücklich, doch die Verantwortung für die Abwicklung und Finanzierung ihrer Verträge und der Renten liegt alleinig bei Visteon“. Ford ignoriert seine Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Angestellten und sieht keine Basis für irgendeine Verantwortung.

Quelle (Englisch): Internationales Sekretariat der Solidarity Federation

7. Belgrade 6: Freilassung durch Gericht nach Anti-NATO-Protesten aufgehoben!

Das Belgrader Appellationsgericht hat am 1. Juli 2011 eine Gerichtsentscheidung aufgehoben, die sechs serbische anarcho-syndikalistische GewerkschafterInnen von jedem Vorwurf freigesprochen hatte, einen Anschlag gegen die griechische Botschaft in Belgrad begangen zu haben. Aufgrund einer Aktion, bei der es lediglich zu geringfügigen Rauchspuren an der Außenfassade eines Gebäudes kam, waren im Jahr 2009 sechs serbische Anarcho-SyndikalistInnen monatelang inhaftiert worden. Der politische Prozess gegen sie wurde international als Verfahren gegen die „Belgrade 6“ (#belgrade6) bekannt. Den Mitglieder der „Anarchosyndikalistischen Initiative“ (ASI) droht durch die Entscheidung des Appellationsgerichtes nun ein erneutes Verfahren und u.U. erneute Inhaftierung. Manche serbische Medien vermuten hinter dieser Gerichtsentscheidung eine Bestrafungsaktion dafür, dass serbischen Anarcho-SyndikalistInnen jüngst Proteste gegen eine NATO-Tagung in Belgrad mit initiiert hatten.



Das Appellationsgericht hat am 1. Juli auch verfügt, dass die Entscheidung des mit der Anklage befassten Gerichtes, alle Inhaftierten auf freien Fuß zu setzen, ungültig ist. Darüber, dass genau dies passieren würde, war bereits in den Tagen vor der neuerlichen Gerichtsentscheidung in der größten serbischen Tageszeitung berichtet worden. Der Autor des betreffenden Artikels gilt Kennern der Materie als Mitarbeiter und offizielles Sprachrohr serbischer Geheimdienst-Kreise. Von der Tageszeitung selbst sagt man, sie stehe unter der Kontrolle der regierenden Demokratischen Partei. Der Artikel erschien zu einem Zeitpunkt, als die staatliche Repression sich mit Mitglieder der ASI und anderen Gruppen wegen der von diesen organisierten Anti-NATO-Kampagne anlässlich einer Tagung dieses Kriegsbündnisses in Belgrad befasste. Im Beitrag wird eine direkte Verbindung zum „Anschlag“ auf die griechische Botschaft hergestellt, zu dem sich niemals irgendeine Gruppe bekannt hatte und gefordert, dass die Gerichtsentscheidung alle Anklagen fallen zu lassen, aufgehoben werden müsse. Die serbische Regierung möchte der NATO und der EU beitreten.

Die FAU hatte zusammen mit den anderen Sektionen der „Internationalen Arbeiter Assoziation“ und vielen anderen Menschen überall auf dem Globus, in den Jahren 2009 und 2010 eine breite Kampagne zur Freilassung ihrer inhaftierten serbischen GenossInnen organisiert. Sollte es zu neuerlichen Verhaftungen und einem erneuten Prozess kommen, wird diese weltweite Kampagne wieder aufgenommen werden.

Ausführliche Informationen zur Solidaritätskampagne „Freiheit für die Belgrade 6!“ finden sich auf einer [Sonderseite](#) der Website der FAU.

8. Lesetipps

a) Erich Mühsam: Tagebücher 1. 1910-1911

15 Jahre lang, von 1910 bis 1924, hat Erich Mühsam, der berühmteste deutsche Anarchist sein Leben festgehalten – ausführlich, stilistisch pointiert, schonungslos auch sich selbst gegenüber – und niemals langweilig. Was diese Tagebücher so fesselnd macht, ist der wache Blick des Weltveränderers. Mühsam wollte Anarchie praktisch ausprobieren. Anarchie hieß für ihn: Leben ohne moralische Scheuklappen, ohne Rücksicht auf Konventionen – und er bewies, dass es geht. Auch das Schreiben ist Aktion, in allen Sätzen schwingt die Erwartung des Umbruchs mit, den er tatsächlich mit herbeiführt: Die Münchner Räterevolution ist auch die seine, und die Rache der bayerischen Justiz trifft ihn hart.



Mühsams Tagebuch ist ein Jahrhundertwerk, das es noch zu entdecken gilt, es erscheint in 15 Bänden – und zugleich als Online-Edition. Die gewissenhaft edierten Textbände werden im Netz unter www.muehsam-tagebuecher.de begleitet von einem Anmerkungsapparat mit kommentiertem Namenregister, Sacherklärungen, ergänzenden Materialien, Suchfunktionen – so entsteht eine historisch kritische Ausgabe! 352 Seiten, 28,00 €, **Verbrecher Verlag**

b) Philippe Kellermann (Hg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung

Die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen AnarchistInnen und MarxistInnen.

Dieser Sammelband vereinigt Aufsätze, die, neben der Rekonstruktion der ‚klassischen‘ Auseinandersetzung zwischen Anarchismus und Marxismus, die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen AnarchistInnen und MarxistInnen in der weiteren Geschichte der sozialistischen Bewegungen zu rekonstruieren versuchen.

Die sozialistische Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts ist untrennbar mit den zwei großen ideengeschichtlichen Strömungen Anarchismus und Marxismus verbunden. Dabei wurde durch die ‚Erfolge‘ der parteipolitisch organisierten Sozialdemokratie und seit 1917 dazukommend, der kommunistisch sich definierenden staatssozialistischen Projekte, die Rolle und Bedeutung des Anarchismus als Teil der sozialistischen Bewegung und Konkurrenzprojekt zu diesen (weitestgehend) hegemonialen Strömungen unterbelichtet oder verschwiegen.

Herausgeber und AutorInnen:

Philippe Kellermann, geb.1980, lebt in Berlin und veröffentlicht in "Grundrisse" und "Graswurzelrevolution". Er ist Initiator des Fanzine "Aus'm Bauch" spielt bei der Punkband "Kackfeuer".

Die Autor_innen: Wolfgang Eckhardt, Robert Foltin, Gerhard Hanloser, Jens Peter Kastner, Philippe Kellermann, Antje Schrupp, Karl Reitter, Heike Weinbach

196 Seiten, 14.00 Euro, ISBN: 978-3-89771-505-9, **unrast-verlag**



9. Direkte Aktion #206 (Juli/August 2011)

Wettbewerb total - Die Ökonomisierung des Sports

Die neue Ausgabe des anarcho-syndikalistischen Fachblattes für Klassenkampf, Streik, Kultur und Kreuzworträtsel gibt es jetzt im gut sortierten Fachhandel und natürlich per Postwurfsendung (Abonnement oder Probeheft).

Aus dem Inhalt: Sport als Wirtschaftsfaktor & Unterhaltungsindustrie ► Interview Fußballergewerkschaft ► Gegenolympiade 1936 in Barcelona ► Arbeitskämpfe im internat. Profisport ► (Un-)Sinn der „Mega-Sport-Events“? ► Vom Mythos der Arbeitervereine ► Leiharbeit in AKWs ► Streikkultur: Wehtun mit sozialer Verantwortung ► Aufstände in Spanien, Griechenland und arabischen Ländern ► „Rotzfreche Asphaltkultur“ ► Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel u.v.m. auf 16 Seiten

In OWL gibt es die DA, soweit uns bekannt, zur Zeit in:

Bielefeld: Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7, 33602 Bielefeld

Kontakte: www.direkteaktion.org oder www.fau.org/da

10. Join the Unions

– FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL

**nächstes Treffen:
Montag, 12.September, 19.30Uhr
in der Bürgerwache (Siegfriedplatz), Raum 102**

FAU Bielefeld, c/o Bürgerwache, Rolandstr.16, 33615 Bielefeld

eMail: faubi(ät)fau.org, Web: www.fau-bielefeld.tk

Die FAU ist eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderation, die aus lokalen Syndikaten und Gruppen besteht. Wo es welche gibt, erfährst du im Verzeichnis [vor Ort](#) oder [im Betrieb](#). Infos wie Du bei uns mitmachen kannst, findest Du in unseren [Statuten](#) und bei [Über uns](#)

- selbammen / Anarcho-Syndikalistische Jugend (sem/ASJ)

Wir treffen uns dienstags um 18.30h
im Infoladen Anschlag, Heeperstr.132

<http://selbammen.blogspot.eu/>

Glück und Freiheit!

IT'S TIME TO ORGANIZE !

11. Termine im August

BAD NENN DORF **6. august 2011: naziaufmarsch verhindern faschismus bekämpfen. ns-verherrlichung stoppen.** **HAL BE WUNS IEDEL HOYERS WERDA DRES PAS SAU DEN**

Links

mondo

buchhandlung & galerie

Elsa-Brändström-Str. 23 33602 Bielefeld

tel. 0521.64163 fax. 0521.64193 kontakt@mondo-bielefeld.de

geöffnet: mo-fr 11.00 - 18.00 sa 11.00 - 14.00



<http://zuchthaus.free.de/syndikat-a/>

ag freie bildung
an der Uni Bielefeld

www.ag-freie-bildung.org/

info-café: dienstags 15 – 18 h in Raum C02-206

www.a-sortiment.de/



Sozialforum Bielefeld

<http://sozialforumbielefeld.blogspot.de/>

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Dienstag um 17:30 Uhr
im DIDF in der August Bebel Str. 74, in dem Gebäude der AWO .



www.lippe-alternativ.tk/

Kontakt/Treffen: Kontaktieren könnt ihr uns über die unten stehende eMail-

Adresse. Da wir keinen festen Treffpunkt haben, treffen wir uns in Lippe an
verschiedenen Orten, um jedem mal eine kurze Anreise zu ermöglichen und die
verschiedenen lokalen Treffpunkte kennen zu lernen. Na dann mal los...

eMail-Adresse: ainlippe(AT)riseup.net



Bürgerwache Bielefeld

www.bi-buergerwache.de/

Viertel

Viertel Nr. 16 – Zeitung für Stadtteilkultur und mehr erschienen!

Die neuste Ausgabe der Stadtteilzeitung »Viertel« liegt in der
Bürgerwache sowie an öffentlichen Orten und Gastronomien im Stadtteil
aus.

Die Ausgabe ist jetzt auch Online zugänglich unter:

www.bi-buergerwache.de/seiten/aktuell.php

Inhalt: Ausgabe Nr. 16 - Juni/Juli 2011

Ein-Euro ohne Perspektive +++ Geschäftlich dazwischengefunknt +++ Vermehrung auf dem Dach +++ Lies mir
etwas vor! +++ Jeder kennt seinen Platz +++ »Es ist ein Geben und Nehmen« +++ Ein Kessel Buntes +++ +++
Der Kesselbrink war schon einiges +++ Erkenntnisse aus der Kleingartenkolonie +++ ...